



Die Regierungsräte: Andreas Hostettler, Direktor des Innern; Heinz Tännler, Finanzdirektor; Martin Pfister, Gesundheitsdirektor und Landammann; Stephan Schleiss, Bildungsdirektor; Beat Villiger, Sicherheitsdirektor; Silvia Thalmann-Gut, Volkswirtschaftsdirektorin und Statthalterin; Florian Weber, Baudirektor (v.l.n.r.).

Foto: zvg

Die Nebenjobs der Zuger Regierungsräte

Aktualisiertes Register der Regierungsratsmandate 2021

Der Zuger Regierungsrat veröffentlicht jährlich eine Übersicht der nebenamtlichen Tätigkeiten seiner Mitglieder. Dabei setzt er auf Transparenz: So gibt die Liste auch Auskunft über den zeitlichen Aufwand sowie die Entschädigungen, die in die Staatskasse fließen. 2021 waren es knapp 48'000 Franken.

Die Zuger Regierung hat seit jeher die Mandate, die Nebenämter und die weiteren Mitgliedschaften oder Tätigkeiten ihrer Mitglieder veröffentlicht. Seit 2014 enthält die Liste auch Angaben zum zeitlichen Aufwand und zur finanziellen Entschädigung der einzelnen Mandate. Die Tätigkeiten des Regierungsrats sind im Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990 (BGS 151.2)

und im Gesetz über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz) vom 27. Januar 1994 (BGS 154.25) geregelt. Als Grundsatz gilt, dass ein Mitglied des Regierungsrats sein Mandat im Vollamt ausübt. Weitere (offizielle) Aufgaben müssen mit dem Mandat als Regierungsrätin, als Regierungsrat vereinbar sein. Die nebenamtlichen Aufgaben sowie sämtliche Interessenbindungen werden ferner in einem Register offengelegt.

Erträge zugunsten der Staatskasse
Die Besoldung des Regierungsrats für nebenamtliche Tätigkeiten ist ebenfalls im Nebenamtsgesetz geregelt. Demnach gilt, dass sämtliche Honorare und Entschädigungen aus Mandaten, die ein Mitglied des Regierungsrats im Auftrag des Kantons ausübt, in die Staatskasse fließen.

2021 belief sich dieser Betrag auf 47'752.80 Franken. Den grössten Anteil dazu steuerte Finanzdirektor Heinz Tännler bei: 21'700 Franken als Vizepräsident der Zuger Pensionskasse und 5400 Franken als Mitglied des Verwaltungsrats Schweizer Salinen. Danach folgt Sicherheitsdirektor Beat Villiger. Als Verwaltungsratspräsident der Gebäudeversicherung Kanton Zug verdiente er 2021 9947.50 Franken. Offengelegt werden nur die Gelder, welche die Regierungsmitglieder für Mandate im Auftrag des Kantons bekamen. Nebenamtliche Tätigkeiten, welche sie nicht im Auftrag des Kantons ausübten, werden zwar ausgewiesen, aber ohne Geldbetrag. Das umfassende Register sowie die Interessenbindungen des Regierungsrats sind einsehbar im Register Regierungsratsmandate 2021.

PD/ZW

Respekt vor Autoritäten würde manchmal nicht schaden

Was haben wir in den vergangenen zwei Jahren nicht alles erdulden und erdulden müssen. Die Welt hat sich extrem verändert. Vor allem aber haben sich die Menschen verändert. Viele «neue» Personen tauchten im Rampenlicht auf, die man vorher überhaupt nicht gekannt hatte. Spannend ist hierbei aber insbesondere die Tatsache, wie der Mensch die unterschiedlichen Personen und Persönlichkeiten wahrnimmt. Experten und Fachkräfte werden in Frage gestellt. Jeder scheint es selber am besten zu wissen. Kurzum: Autoritäten werden in Frage gestellt.

Letztlich beim Mittagessen mit Kollegen in einem Personalrestaurant sind mir einige jüngere Herren aufgefallen. Da gab es viele ganz ordentliche Jugendliche, aber auch manche, bei denen wir scherzhaft meinten: «Dem wird das Militär gewisse Flausen schon noch austreiben!» Eine strikte Autorität als korrigierende Instanz beim Start ins Erwachsenenleben also.

Als langjährige Führungskraft mit absolviertem Militärdienst glaube

ich zu wissen, wovon ich rede. Den meisten tut das zeitweilige Unterdordnen während der Militärzeit – speziell in der Rekrutenschule – nicht schlecht. Auch Jugendliche, die eine Lehre absolvieren kennen das.

Doch wie geht die Gesellschaft, in die diese jungen Leute eintreten, eigentlich mit Autoritäten um? Welche Autoritäten erkennen wir an und um welche scheren wir uns einen Dreck?

Wo fordern wir Gehorsam und wem versagen wir diesen?

Es gibt verschiedene Formen von Autorität. Es gibt eine institutionelle Autorität, die einer Institution wie der Polizei oder der Armee einfach zuerkannt wird. Wer dabei ist, wird zur Autoritätsperson.

Dann gibt es eine persönliche Autorität, die jemand einfach so ausstrahlen kann. Manche Personen füllen mit ihrer Präsenz schlicht den Raum und alle hören zu.

Und schliesslich gibt es eine fachliche Autorität, die wir denen zusprechen, die etwas von einer Sache verstehen.

Weshalb also wird seit Ausbruch der Corona-Krise die Autorität so vieler Fachleute angezweifelt? Weshalb anerkennen manche die Fachkompetenz eines Tierarztes, nicht aber die eines Immunologen oder eines Virologen? Weshalb glauben manche denjenigen Expertinnen und Experten nicht, die ein Leben lang genau an diesen Dingen geforscht haben, die uns im Moment alltäglich so einschneidend beschäftigen? Weshalb glauben manche Leute plötzlich Daten- und Auswertungsspezialisten zu sein, obschon sie das vorab nie gemacht haben?

Und weshalb erhalten total unerfahrene – oder schlimmer – absolut inkompetente Figuren plötzlich eine krude Form von Autorität? Wissen wir denn nicht mehr wo oben und unten, hinten und vorne ist?

Kritisches Denken und Hinterfragen ist absolut wichtig und unabdingbar. Doch denke ich in letzter Zeit wirklich oft, dass manch einer/einem (nochmals) etwas Militärdienst gut tun würde.

Alex Haslimann, Rotkreuz

Die Emissionsabgabe verhindert Innovation

Wer ein Unternehmen gründet oder dessen Eigenkapital erhöht, muss unabhängig von der Rentabilität ein Prozent des neugeschaffenen Kapitals an den Bund abliefern. Würde man ein Steuersystem auf der grünen Wiese schaffen, wäre diese Emissionsabgabe auf dem Eigenkapital etwa das Dummste, was man sich ausdenken könnte. Der Bundesrat und das Parlament beschlossen, diese Eigenkapital-Sondersteuer abzuschaffen. Wir dürfen im Februar abstimmen, da die SP unverständlicherweise das Referendum ergriff.

Starke Unternehmen brauchen eine solide Eigenkapitalbasis. Eigenmittelreserven sind vor allem im Falle von Verlusten in Krisen relevant. Fehlt zu diesem Zeitpunkt Eigenkapital, unterliegen Unternehmen einem erhöhten Konkursrisiko. Mit Konkursen sind ungewünschte Verluste von Arbeitsplätzen verbunden. Auch im Aufbau eines Unternehmens und in Phasen des Wachstums braucht es Eigenkapital. Mit Eigenkapital werden Investitionen, Forschung und Entwicklung oder Betriebsmittel finanziert. Ohne genügend Eigenkapital gibt es keine Bankfinanzierung. Die Emissionsabgabe ist ein Hindernis für Investitionen in Innovation, weil sie risikotragendes Eigenkapital belastet. Der Einnahmeausfall aus der Emissionsabgabe beträgt lediglich drei Promille des Bundeshaushaltes und wird durch die positiven Effekte der Abschaffung mehr als kompensiert. Die Abschaffung der Emissionsab-



FDP-Kantonsrat Peter Letter.

Foto: zvg

gabe erfährt in der aktuellen Ausnahme-situation eine zusätzliche Bedeutung. Verluste in den Corona-Jahren haben die Eigenkapitalpolster vieler Unternehmen zusammenschmelzen lassen und so manche Firma musste in den letzten Monaten Kredite aufnehmen. Es ist gerade in der jetzigen Situation angezeigt, die Eigenkapitalzuführung von Unternehmen zu ermöglichen und nicht weiter mit Sondersteuern zu belasten. Ein Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe ist ein Votum für starke KMU und Start-ups sowie für einen zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort.

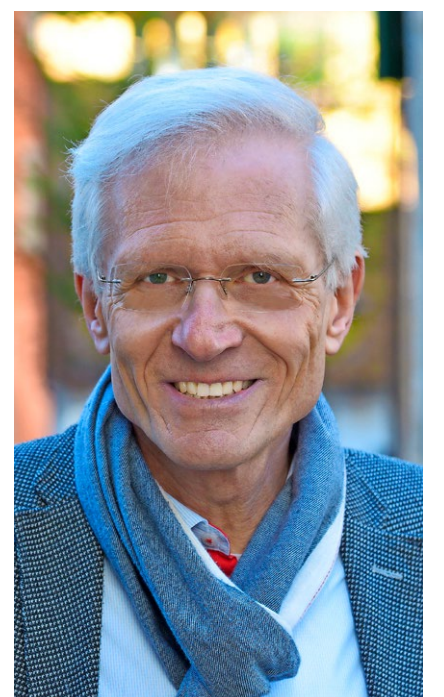
Peter Letter, Kantonsrat FDP, Oberägeri

Zug erhält eine moderne Kantongeschichte

Zug ist einer der wenigen Kantone, der weder über eine moderne Geschichte zum Hauptort noch zum Kanton verfügt. Die zuletzt erschienene und nur 150 Seiten umfassende allgemeine Übersicht zur neueren Kantongeschichte stammt aus dem Jahr 1968 und geht auf die Entwicklungen der Neuzeit nur unwesentlich ein.

Dass meine vor bald drei Jahren im Kantonsrat eingereichte Interpellation betreffend moderne Kantongeschichte das 2010 zu dieser Thematik gestartete Projekt, welches seit 2015 aufgrund des kantonalen Entlastungsprogramms auf Eis liegt, wieder auf die politische Agenda bringt, war damals nicht voraussehbar. Deshalb freut es mich heute umso mehr, dass der Regierungsrat das Interpellationsanliegen, eine moderne und aktuelle Kantongeschichte zu verfassen jetzt definitiv unterstützt und überdies bereit ist, noch in diesem Jahr dem Kantonsrat einen entsprechenden Bericht und Antrag zur Erstellung und Finanzierung dieses Werkes zu unterbreiten.

Mit der seit den späten 1980er-Jahren durch das Staatsarchiv fachlich begleitete und durch den Kanton finanziell unterstützte Forschungsförderung sowie Erschliessung etlicher gemeindlicher Archive, der Ratsprotokolle der Stadt Zug und der Acta Helvetica der Zurlaubiana, ist die Grundlage für ein zentrales Nachschlagewerk zur Geschichte des Kantons Zug gelegt worden. In welcher Form und welchem Umfang dies geschehen soll, wird die noch für dieses Jahr angekündigte



GLP-Kantonsrat Daniel Stadlin.

Kantonsratsvorlage umfassend aufzeigen. Die in der Interpellationsantwortung gemachten Aussagen stimmen mich jedenfalls zuversichtlich, dass der Regierungsrat den Anspruch hat, das Projekt moderne Kantongeschichte zügig anzugehen und auch mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten. Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ist in Zeiten des raschen Wandels wichtiger denn je. Denn nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und nur wer die Gegenwart versteht, kann die Zukunft gestalten.

Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug